



© HAZEM BADER/AFP via Getty Images

Der englische Originaltext findet sich unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/03/eu-needs-to-acknowledge-the-reality-of-israeli-apartheid/>

## NEWS – MÄRZ 2023

20. März 2023 – Von Eve Geddie

### EU muss Realität israelischer Apartheid anerkennen

Anfang März 2023 besuchte eine Delegation europäischer Diplomaten die beiden palästinensischen Städte Huwara und Za'tara im Bezirk Nablus, wo israelische Siedler zuvor brutale Übergriffe durchgeführt hatten.

Die Gewalt um Huwara, an der sich Hunderte israelische Siedler beteiligt hatten, war wegen ihres Ausmaßes und ihrer Intensität besonders ins Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Für Palästinenser\*innen in der besetzten Westbank sind diese staatlich gestützten Übergriffe allerdings seit langem schon alltägliche Routine. Das nahezu vollständige Fehlen der Frage nach der Verantwortlichkeit hinsichtlich der Täter, die gut dokumentierte Beteiligung israelischer Soldaten an einigen dieser Gewaltaktionen und die Tatsache, dass die

Siedlungen unter Verstoß gegen das Internationale Völkerrecht immer weiter ausgedehnt werden, all dies sind Manifestationen eines Systems der Apartheid, das die israelischen Behörden Palästinenser\*innen auferlegen.

Nach ihrem Besuch [verurteilten](#) die europäischen Diplomaten die Übergriffe auf Palästinenser\*innen in Huwara und ebenso die Ermordung zweier Siedler durch einen palästinensischen Schützen am selben Tag. Darüber hinaus betonten sie die Notwendigkeit, „*alle Zivilpersonen zu schützen und die Feststellung der Verantwortlichkeiten sicherzustellen*“.

Dabei handelt es sich sicherlich um lobenswerte Ziele. Sie werden aber nicht erreicht werden können, bevor die Apartheid nicht abgebaut ist. Zudem muss die Europäische Union die Realität des Systems anerkennen, das Israel den Palästinenser\*innen auferlegt hat. Solange dies nicht geschieht, können solche Aussagen kaum mehr sein als bloße Lippenbekenntnisse.

[Das Römische Statut zum Internationalen Strafgerichtshof](#) definiert die Apartheid als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das durch die Durchführung „*unmenschlicher Handlungen*“ wie rechtswidrige Tötungen, Folterungen und Zwangsumsiedlungen gekennzeichnet ist; diese werden bewusst zu dem Zweck begangen, ein institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Herrschaft durch eine ethnische Gruppe über eine andere aufrechtzuerhalten.

In einem [Bericht](#), der im Februar 2022 veröffentlicht wurde, kam Amnesty International zu dem Schluss, dass die Art und Weise des Umgangs israelischer Behörden mit Palästinenser\*innen anhand genau dieser Definition als Apartheid gelten kann.

Wo immer Palästinenser\*innen unter Israels effektiver Kontrolle leben, ob innerhalb Israels, in den besetzten palästinensischen Gebieten oder als Flüchtlinge in anderen Ländern, die israelischen Behörden überziehen sie mit systematischer Unterdrückung und Herrschaft. Amnesty Internationals Bericht liefert dafür detaillierte Beweise und zeigt, wie Israels Gesetze und Politik genau darauf ausgerichtet sind, Palästinenser\*innen ihrer Rechte, ihres Landes und ihrer Ressourcen zu berauben.

Mit dieser Schlussfolgerung steht Amnesty International nicht alleine da – palästinensische, israelische und internationale Organisationen, zwei [Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen](#), die [südafrikanische Regierung](#) und verschiedene ehemalige israelische Regierungsvertreter sagen dasselbe. Doch trotz all ihrer Verurteilungen der Werkzeuge der Apartheid, der [rechtswidrigen Tötungen](#), des [Siedlungsausbaus](#), der [Hausabrisse](#) und der [Unterdrückung der freien Meinungsäußerung von Palästinenser\\*innen](#), lehnt die EU es immer noch ab, dieses System als das anzuerkennen, was es ist. Im Januar dieses Jahres stellte die EU-Kommission ausdrücklich fest, dass sie die Verwendung des Begriffs Apartheid in Zusammenhang mit dem Staat Israel für „*nicht angemessen*“ hält. Diese Aussage wurde in einem [Antwortschreiben](#) auf eine Anfrage von Mitgliedern des Europäischen Parlaments vom Hohen Vertreter Joseph Borrell im Namen der Kommission getroffen.

Im Ergebnis ausgedehnter Verhandlungen unter den Kommissionsmitgliedern hielt das Antwortschreiben zunächst fest, dass die Kommission den Amnesty-Bericht mit „*gebührender Aufmerksamkeit*“ behandelt habe, ging dann zur Zurückweisung der Feststellung eines Systems der Apartheid über und implizierte, dass eine so lautende Kritik an Israel antisemitisch sei.

Unklar bleibt jedoch, welche Aspekte der Beweise oder Analyse von Amnesty International die Kommission konkret infragegestellt, weil sie in ihrem Antwortschreiben nicht auf die im Bericht beschriebenen wesentlichen Themen eingeht und sich stattdessen auf eine unlogische Schlussfolgerung zurückzieht, indem sie als Grund für ihre Position die rechtlich nicht bindende Definition des Antisemitismus der Internationalen Allianz zum Gedenken an den Holocaust (IHRA / International Holocaust Memorial Association) zitiert.

Die Kommission hat die Bedeutung des Internationalen Völkerrechts wiederholt betont und dabei auch das Römische Statut hervorgehoben. Und doch unterließ sie es, die Definition der Apartheid, die im Statut von Rom gegeben ist, ihrem Antwortschreiben auch nur zu erwähnen.

Seither haben [zwölf israelische Menschenrechtsorganisationen](#) gegenüber diversen Versuchen, den Bericht von Amnesty International mit Antisemitismus in Verbindung zu bringen, „*erhebliche Bedenken*“ geäußert und das Versäumnis der Kommission, Israels Apartheid-System als solches anzuerkennen, beanstandet. Die Organisationen argumentieren zudem, dass die Bemühungen zur Bekämpfung aufkommender Vorfälle von

Antisemitismus letzten Endes untergraben werden, indem man den Antisemitismus als Waffe benutzt, um legitime Kritik zum Schweigen zu bringen.

Diejenigen, die das Thema regelmäßig verfolgen, wissen, dass unter den 27 Kommissionsmitgliedern der EU und den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Ansichten und Positionen herrschen. [Borrell](#) zum Beispiel ist sich der [Leiden von Palästinenser\\*innen](#) durchaus bewusst. In einer kürzlichen Rede über Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Beispiel bezog er sich ausdrücklich auf die Tötungen von Palästinenser\*innen durch israelische Sicherheitskräfte und betonte, [dass](#) „*wir nicht vergessen dürfen, was in Palästina geschieht*“.

Im Kontrast dazu haben sowohl der Kommissar zur Beförderung des europäischen Lebensstils Margaritis Schinas als auch der Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung Oliver Várheliy jede Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichgestellt. Und Schinas, beauftragt mit der Leitung der Bekämpfung des Antisemitismus durch die EU, geht sogar noch weiter. Er unterstützt und fordert dringend die Anwendung der strittigen IHRA-Definition. Die unter seiner Leitung entwickelte Strategie der EU zur Bekämpfung des Antisemitismus ist allerdings von [54 Antisemitismusforschern](#) kritisiert worden, weil sie die „*zunehmenden Bedenken über die Unzulänglichkeiten und die Instrumentalisierung der IHRA-Definition*“ ignoriert.

Der Antisemitismus ist ein schwerwiegendes Problem, in Europa und auf der ganzen Welt, und die EU muss den Kampf dagegen ernst nehmen. Kritik an Israel, die auf vereinbarten internationalen Menschenrechtsstandards beruht und alle Länder gleichermaßen in die Verantwortung nimmt, kann aber durch eine weit gefasste Anwendung des Antisemitismus-Begriffs nicht rundweg abgewiesen werden und auch nicht, indem man eine rechtlich nicht bindende Definition herbeizitiert.

Unterdessen erschweren die Handlungen der israelischen Regierung selbst es immer mehr, an den Realitäten der Apartheid vorbeizusehen. Erst kürzlich [gelobte sie den Ausbau von Siedlungen](#) und [schränkte](#) per Gesetz die Verwendung der palästinensischen Flagge weiter ein. Zusätzlich wurden [diskriminierende Änderungen](#) an den Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsgesetzen erlassen. Und ihrem Finanzminister Bezalel Smotrich, der erheblich in der Kritik stand, als er in Reaktion auf die Siedlergewalt [sagte](#), dass Huwara vom israelischen Staat „*ausgelöscht*“ werden sollte, wurden weitreichende Befugnisse über die besetzte Westbank übertragen. Diese Vorgänge führten am 8. März 2023 sogar zu einer seltenen, von Bedenken geprägten [Stellungnahme](#) im Namen aller 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Das Versagen der EU, ihren eigenen Prinzipien Folge zu leisten, und ihre mangelnde Auseinandersetzung mit rechtswissenschaftlichen Grundlagen und Forschungsergebnissen bestärken nicht nur den Staat Israel darin, immer noch weitere Verbrechen an Palästinenser\*innen zu begehen, sie schaden auch dem Kampf gegen den Antisemitismus.

Wenn die Kommission wirklich daran interessiert ist, Frieden und Gerechtigkeit voranzubringen, dann muss sie das Verbrechen der Apartheid, das die israelischen Behörden begehen, als soches anerkennen und all ihre politischen und diplomatischen Mittel zum Einsatz bringen, um Israel auf ein Ende der Apartheid zu drängen.

*Eve Geddie ist die Leiterin des Büros von Amnesty International bei den Europäischen Institutionen, das die Arbeit von Amnesty in Richtung der EU und des Europarates leitet.*

*Dieser Artikel wurde ursprünglich von POLITICO veröffentlicht: [EU needs to understand the realities in the West Bank – POLITICO](#).*